

“

„Mit wirkungslosen Hilfspaketen muss endlich Schluss gemacht werden.“

Nach dem 3. Hilfspaket für Griechenland ist Deutschlands Haftungsbetrag höher als der gesamte Bundesetat für Straßenbau, Bildung und Forschung, Gesundheit, Landesverteidigung und Landwirtschaft.“



Prof. Dr. Jörg Meuthen

Bundessprecher der AfD und
Landessprecher der AfD Baden-Württemberg,
Hochschullehrer für Volkswirtschaftslehre und
Finanzwissenschaft, verheiratet, fünf Kinder

Trotz der großen Wahlerfolge sind wir auf das Engagement Freiwilliger und finanzielle Zuwendungen von unseren Unterstützern angewiesen. Anders als die Alt-Parteien wollen wir weder von Großspendern und Lobbyisten noch allein von staatlichen Geldern abhängig sein.

Jede Zuwendung hilft!

Wir freuen uns über Ihre Spende:

Bitte im Verwendungszweck „Wahlkampfspende“ und auf dem Einzahlungsbeleg die vollständige Adresse für eine spätere Spendenquittung angeben.

Spendenkonto:

Alternative für Deutschland
Sparkasse Mecklenburg-Schwerin
IBAN: DE13 1405 2000 1713 8222 17

**Alternative für Deutschland
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern**

Mecklenburgstr. 32 a, 19053 Schwerin
Tel.: 0385 48592860
E-Mail: info@afd-mv.de

Sie haben kein Vertrauen mehr
in die Politik der Alt-Parteien?
Dann unterstützen Sie uns!
Werden Sie Mitglied, Förderer
oder Spender! Mehr auf:

www.alternativefuer.de

HERBSTOFFENSIVE 2015

**Alternative
für
Deutschland**

www.afd-mv.de

**Zeit, die Karten
auf den Tisch zu legen.**

Eurokrise stoppen!



**Alternative
für
Deutschland**

alternativefuer.de

Zahlen, die Klartext sprechen.



Ihr persönliches Haftungspotential für die Eurorettung beträgt:

6.645,- €

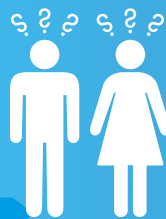
Dies gilt auch für Ihre Kinder!

533 Mrd €

533.000.000.000,- €

Haftungspotential für Deutschland im Rahmen der Eurorettungspolitik.

Auch Ihre Kinder müssen eines Tages für diese Schulden aufkommen!



Die Niedrigzinspolitik der EZB infolge der Eurorettung kostet die deutschen Sparer seit 2008 im Schnitt jährlich:

147.595.200.000,- €



65% 

Seit Beginn der Eurokrise im Jahre 2008 sind die griechischen Staatsschulden gemessen am BIP, trotz umfangreicher Rettungsmaßnahmen um 65% gestiegen.

35% 

aller Arbeitslosen im Alter von 15 bis 24 Jahren entfallen auf die Länder Griechenland, Spanien und Italien. Das ist mehr als jeder Dritte Jugendarbeitslose in der Europäischen Union.

Das Geld ist weg und wir werden haften!

Nach Aussagen von Politikern der Alt-Parteien sollte der Euro ein politisches Friedensprojekt sein. Er sollte der europäischen Bevölkerung wirtschaftliche Stabilität und Wohlstand bringen. Die CDU/CSU versprach uns, dass Deutschland die Schulden anderer Länder der Euro-Gruppe niemals übernehmen werde oder für sie haften müsse.

„Nach der vertraglichen Regelung gibt es keine Haftung der Gemeinschaft für die Verbindlichkeiten der Mitgliedstaaten und keine zusätzlichen Finanztransfers“, sagte Helmut Kohl in seiner Rede vor dem deutschen Bundestag am 23. April 1998.

Der Vertrag von Maastricht verbietet dies ausdrücklich. Aber die europäischen Verträge werden fortwährend gebrochen.

Die EU-Zentralisten scheuen nicht davor zurück, die europäischen Demokratien für eine ökonomisch fatale Währung zu opfern. Der Euro ist als Friedensprojekt gescheitert.

Seit Beginn der Nachkriegszeit gab es nie so viel Zwietracht, Streit und gegenseitiges Verächtlichen in Europa. Die Euro-Rettung hält eine gescheiterte Währung künstlich am Leben und ist zu einem Teufelskreis geworden.

Das Vereinheitlichen von allem und jedem sowie das Umverteilen von Haftung und Schulden sind für die EU-Bevölkerungen eine Geißel. Sie treiben uns alle in die Unfreiheit und Armut.

Wir verlangen: Schluss mit dem Sozialisieren der Schulden auf Kosten der Bürger

Die CDU im Jahr 1999



DAFÜR TRETEN WIR EIN

- Deutsche Steuergelder nicht mehr zweckentfremden für bankrotte Staaten und Großbanken
- Wenn schon Rettungsmaßnahmen, dann nur über Volksentscheide
- Jedes Land soll selbst über seinen Verbleib in der Euro-Zone entscheiden können (z.B. Dexit, Grexit)
- Zu einer nachhaltigen und soliden Finanzpolitik zurückkehren
- Die Kriterien des Vertrages von Maastricht einhalten
- Für bankrotte Euro-Staaten eine Insolvenzordnung einführen
- Die No-Bail-out-Klausel (Artikel 125, Absatz 1 AEU-Vertrag) einhalten
- Die sogenannten Rettungsschirme ESM und EFSF abschaffen
- Der EZB den Kauf von Staatsanleihen verbieten
- Für Banken die Eigenkapitalquote erhöhen